



## Informationsdienst von Martin Kastler MdEP

Ausgabe 4 vom 12. März 2010

### Inhalt:

- Keine Jahresabschlüsse mehr - Europaparlament beschließt Bürokratieabbau für Kleinstbetriebe
- EU-Parlament debattiert neue Richtlinie zu Pauschalreisen
- Todesstrafe ist unmenschlich und unzeitgemäß
- Griechenland muss für seine Misswirtschaft selbst gerade stehen
- Schon über zehntausend Unterstützer für erstes europäisches Bürgerbegehren zum Sonntagsschutz
- Ethik statt Mammon - Neue Aufgabe als Vizepräsident der Bioethik-Intergruppe

### Keine Jahresabschlüsse mehr - Europaparlament beschließt Bürokratieabbau für Kleinstbetriebe



Eine wirklich gute Nachricht brachte diese Plenarwoche für alle Kleinstbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten. Das Europaparlament verabschiedete eine Resolution, nach der sie bald ganz auf die Anfertigung eines Jahresabschlusses verzichten können. Bedingung ist, dass sie entweder nicht mehr als eine Million Jahresumsatz oder 500.000 Euro Bilanzsumme haben.

Für den Bericht meines CDU-Kollegen Klaus-Heiner Lehne stimmten 445 Abgeordnete. 196 Parlamentarier lehnten den Vorschlag ab und 21 enthiel-

ten sich der Stimme. Als EVP-Fraktion haben wir den Bericht fast vollzählig unterstützt. Auch Konservative, Grüne und die EFD-Fraktion stimmten fast geschlossen für den Bericht. Die Linke und die Sozialdemokraten lehnten den Bürokratieabbau und die Erleichterungen für Mittelständler ab.

Der Verzicht auf die seit 1978 europaweit gültige Jahresabschlusspflicht spart fast einer Million Bäckerei-, Handwerker- oder Computerdienstleisterbetrieben in Deutschland Zeit und Geld. Nach Schätzungen der Kommission beträgt die Kostenersparnis 1200 Euro pro Betrieb und Jahr. Das Bundesjustizministerium schätzt, dass jeder Betrieb durchschnittlich sogar 2500 Euro einsparen kann.

Kleine und mittelständische Betriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Hier wird unternehmerisches Handeln oft mit hohem persönlichen Risiko praktiziert. Mit dem Beschluss zum Bürokratieabbau zeigen wir als Euro-

paparlament, dass wir kleine und mittelständische Unternehmen auch in der globalisierten Welt als Zukunftsmodell unterstützen.

Der EU-Ministerrat ist jetzt gefordert, der Befreiung von Kleinbetrieben von der Jahresabschlusspflicht ebenfalls zuzustimmen. Anschließend kann die Bundesregierung diese Regelung in nationales Recht umsetzen.

Die Idee zu diesem wichtigen Schritt zum Bürokratieabbau stammt von der Expertengruppe des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Es ist schön zu sehen, wie die Ideen dieser Gruppe beginnen, Europa weniger bürokratisch zu machen und es so näher an den Bürger bringen.

#### **EU-Parlament debattiert neue Richtlinie zu Pauschalreisen**



Ein weiteres Thema im Europaparlament war diese Woche eine Neufassung der Richtlinie zu Pauschalreisen.

Das Internet hat die Reisebranche revolutioniert. Wo Kunden früher ins Reisebüro gingen und ein komplettes Reisepaket buchten, stellen sie sich heute oft online über die Seite eines Reiseveranstalters ihre individuelle Tour zusammen. Die noch gültige EU-Richtlinie zu diesem Thema stammt aus dem Jahr 1990. Rechtlich stellt sie die Gesetzgeber vor Probleme, da sie nur gedruckte Prospekte, nicht aber individuelle Online-Angebote umfasst.

In der Aussprache hat der neue maltesische EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, John Dalli, dem Europaparlament eine Revision der Richtlinie für Anfang 2011 versprochen. Diese Zusage ist zu begrüßen. Allerdings stimme ich der Forderung meines CDU-Kollegen Andreas Schwab zu, dass die Revision früher erfolgen muss. Kunden von Reiseveranstaltern befinden sich etwa bei Pleiten von Billig-Airlines in einer unklaren Rechtssituation. Diese Unklarheit muss schnell ein Ende haben, damit Verbraucher die ihnen zustehenden Entschädigungen umgehend erhalten.

#### **Todesstrafe ist unmenschlich und unzeitgemäß**

Beunruhigende Nachrichten kommen aus Südkorea. Das dortige Oberste Gericht hat am 25. Februar entschieden, dass die Todesstrafe nicht gegen die dortige Verfassung verstößt.

Am 11. März haben wir Europaabgeordneten einstimmig eine von mir mit eingebrachte Resolution verabschiedet, die diese Entscheidung "zutiefst bedauert". Gleichzeitig ruft das Europaparlament Südkorea auf, die Todesstrafe nicht mehr zu vollstrecken. Bemühungen von südkoreanischen Parlamentarierkollegen, die Todesstrafe abzuschaffen, werden vom Europaparlament ausdrücklich unterstützt

In meiner Rede zu diesem Thema habe ich darauf hingewiesen, dass die barbarische Bestrafung durch Hinrichtung den Menschen jede Chance auf Besserung raubt. Die Todesstrafe hat in unserer heutigen Welt nichts zu suchen.

### **Griechenland muss für seine Misswirtschaft selbst gerade stehen**

Wirbel gibt in diesen Wochen um Griechenland. Auch im Europaparlament wird die Frage diskutiert, ob die EU mit Geld die Löcher stopfen soll, die das Missmanagement der griechischen Regierung gerissen hat. Der französische EVP-Fraktionschef Joseph Daul forderte eine künftig engere wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU. Der britische Sozialdemokrat Stephen Hughes mahnte konkret zu mehr Solidarität gegenüber einzelnen EU-Mitgliedsstaaten.

Mein CSU-Fraktionskollege Markus Ferber hat sich klar gegen "Finanztransfers an nationale Haushalte" ausgesprochen. Diese Position unterstütze ich ausdrücklich.

Gegen Solidarität ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Es geht aber nicht, dass die gesamte EU für dilettantische Fehler der Griechen beim Aufstellen ihres eigenen Haushaltes gerade steht. Dies schafft falsche Anreize für andere Mitgliedsstaaten und gefährdet die Stabilität des Euros. Die Griechen müssen deshalb selbst die Verantwortung für ihre missliche Haushaltslage übernehmen.

*+++Sonntag aktuell+++*

### **Schon über 10.000 Unterstützer für erstes europäisches Bürgerbegehren zum Sonntagsschutz**

Die Kampagne "Sonntags gehören Mami und Papi uns" hat eine symbolische Hürde übersprungen. Am 10. März registrierte sich eine Holländerin als zehntausendste Unterstützerin auf der Online-Kampagnenplattform [www.freiersonntag.eu](http://www.freiersonntag.eu). Die Unterstützer kommen aus vielen Ecken der EU. Dies gibt Grund zur Hoffnung. Wir

brauchen aber noch jede Unterstützung und Werbung, damit sich noch mehr Bürger einschreiben und sich für einen arbeitsfreien Sonntag einsetzen. Ich danke Ihnen für Ihre vielfältige Unterstützung!

*+++Sonntag aktuell+++*

### **Ethik statt Mammon - Neue Aufgabe als Vizepräsident der Bioethik-Intergruppe**



Eine große Herausforderung haben mir die Abgeordneten des Europäischen Parlaments übertragen. Am 11. März wählten sie mich in Straßburg zum Vizepräsidenten der parlamentarischen Intergruppe Bioethik.

Zum Präsidenten der Intergruppe wurde der slowakische Christdemokrat Miroslav Mikolášik (Foto, links) gewählt. Neue Co-Präsidentin ist die dänische Grüne Margaret Auken. Als einem von neun Vizepräsidenten stehen mir unter anderem die italienische Sozialdemokratin Patrizia Toia, der irische Liberale Brian Crowley und die britische Konservative Marina Yannakoudakis zur Seite.

Die parlamentarischen Intergruppen sind Arbeitsgemeinschaften, in denen Abgeordnete verschiedener Fraktionen bestimmte Themen diskutieren und Entscheidungsvorlagen vorbereiten. Im neu gewählten Europäischen

Parlament existieren 28 solcher Intergruppen.

Die Bioethik ist ein Zukunftsthema – sowohl europaweit als auch im Heimatwahlkreis. Seit dem 30. November 2009 bin ich bereits stellvertretender Vorsitzender der vom CDU-Politiker Dr. med. Peter Liese geleiteten EVP-Arbeitsgruppe Bioethik.

Wichtigste Aufgabe im Bereich der Bioethik ist der Lebensschutz. Die Wahrung der unantastbaren Würde jedes menschlichen Lebens darf nicht aufgrund von finanziellen Interessen oder Partikularinteressen der Forschung geopfert werden.

Aktuell diskutieren wir Europaabgeordneten das Thema Organspende. Miroslav Mikolášik erstellt dazu den Bericht, der Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Transplantation menschlicher Organe sicherstellen soll. Zudem wird über eine verstärkte Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten bei Organtransplantationen beraten. Wir brauchen in Europa klare Regeln. Nur so können wir sicherstellen, dass mit menschlichen Organen nirgendwo in der EU krumme Geschäfte gemacht werden können.



Impressum:

**Martin KASTLER MdEP**

**Abgeordnetenbüro Brüssel**

Parlement Européen

60, rue Wiertz, ASP 15E218

B-1047 Bruxelles

Tel. : +32 (0)2 28 47 53 8

Fax : +32 (0)2 28 49 53 8

[martin.kastler@europarl.europa.eu](mailto:martin.kastler@europarl.europa.eu)

Folgen Sie Martin Kastler auf:



Redaktion:

Martin Kastler MdEP, Sebastian Grundberger

V.i.S.d.P.:

Martin Kastler MdEP

Fotonachweis von oben nach unten: Europäisches Parlament, Europäische Kommission, privat